

Stand: 03.06.2026 13:09:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16942

"Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16942 vom 16.05.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22211 des SO vom 17.05.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 06.06.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 134 vom 14.06.2018
5. Beschluss des Plenums 17/23472 vom 12.07.2018
6. Plenarprotokoll Nr. 138 vom 12.07.2018



Antrag

der Abgeordneten **Claudia Stamm (fraktionslos)**

Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine bzw. einen Queer-Beauftragte*n für Bayern zu ernennen. Diese bzw. dieser Beauftragte setzt sich für die Akzeptanz von schwulen, lesbischen, bisexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen in Bayern ein und wirkt Homo- und Transphobie entgegen.

Das umfasst folgende Aufgaben:

- Förderung des Dialogs von Politik und Verwaltung mit Vertreterinnen und Vertretern des Sports, der Jugendverbände, der Kirchen, Religion und Musik sowie Migrantinnen- und Migrantenorganisationen;
- Antigewalt- und Aufklärungsprogramme zur Akzeptanz queerer Lebensweisen;
- Sensibilisierung von Polizei und Strafverfolgungsbehörden für homophob motivierte Gewalt;
- Aufbau und Pflege von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen zwischen Organisationen der queeren Community in Bayern;
- Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements für sexuelle Vielfalt und gegen homo- bzw. transphobe Diskriminierung.

Begründung:

Bayern hat eine Vielzahl von Beauftragten, doch niemand kümmert sich um die Belange der queeren Community. Mit der Benennung einer bzw. eines Queer-Beauftragten der Staatsregierung bekennt sich der Freistaat zu sexueller Vielfalt und zur Akzeptanz queerer Lebensweisen. Eine Queer-Beauftragte bzw. ein Queer-Beauftragter wird bayernweit systematisch bestehende Organisationen unterstützen und gezielte Aufklärungsprogramme aufbauen. Die Notwendigkeit zeigt der jüngste Überfall auf einen Schwulen im Glockenbachviertel. Zudem ist bundesweit eine Zunahme gruppenfeindlicher Einstellungen, u.a. von Homo- und Transphobie, zu verzeichnen. Die Aktivitäten von Pegida und AfD sind ein Beleg dafür.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm
Drs. 17/16942

Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Claudia Stamm**
Mitberichterstatler: **Florian Hölzl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 12. April 2018 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Enthaltung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 91. Sitzung am 17. Mai 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 3 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 155/18 betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Einschlägig sind hier die Drucksache 17/22325 sowie die Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/22363. Die Beratung im Bundesrat ist für den kommenden Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmverhalten der Fraktionen hierzu ist in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Von der Abstimmung ausgenommen ist die **Listennummer 4**, das ist der Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm betreffend "Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen", der auf Wunsch von Frau Stamm in einer der nächsten Plenarsitzungen einzeln beraten werden soll.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 29. März 2018 (1 BvR 1619/17) betreffend Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen
- a) Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, Art. 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nr. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, Art. 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1 Satz 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nr. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (BayGVBl. S. 145, BayRS 12-1-I),
- b) Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2015 (BayGVBl. S. 458)

PII-G1320.17-0004

Drs. 17/22207 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
 II. Die Verfassungsbeschwerde ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 03. April 2018 (Vf. 5-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
- vom 26. März 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 2 bis 6, 8, 9, 11 und 12 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) die Bayerische Verfassung verletzen
PII/G1310.18-0006
Drs. 17/22208 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Europaangelegenheit

3. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Alexander König, Dr. Franz Rieger u.a. CSU, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18
Drs. 17/22325, 17/22363 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm
Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen
Drs. 17/16942, 17/22211 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Standards der Unterbringung und Gewaltschutzkonzepte in bayerischen
Asylbewerberunterkünften und Aufnahmeeinrichtungen
Drs. 17/17306, 17/22112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Versäumnisse im Mordfall in der Unterkunft bei Arnschwang
Drs. 17/17307, 17/22212 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm
Unterkünfte für queere Geflüchtete und Schaffung der Position einer
Landesbeauftragten bzw. eines Landesbeauftragten für queere Geflüchtete
Drs. 17/18013, 17/22230 (A)

**Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3
BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum
„Enthaltung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.**

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Schutz vor sexueller Gewalt im Gleichstellungsgesetz umsetzen
Drs. 17/18710, 17/22010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sexualisierte Gewalt verhindern und wirksam bekämpfen:
Bayerisches Gleichstellungsgesetz reformieren
Drs. 17/18723, 17/22011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Assistierte Ausbildung erhalten und weiterentwickeln
Drs. 17/20364, 17/22248 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlängerung der S-Bahn von Dombühl nach Crailsheim
Drs. 17/20531, 17/22263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Halbstundentakt für die Neubaustrecke Nürnberg – Erfurt:
Angebotsverbesserungen erfolgreich in die Fläche bringen
Drs. 17/20536, 17/22264 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Amazon und Co. – Einfluss von Online-Marktplätzen auf den bayerischen Einzelhandel
Drs. 17/20807, 17/22265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Milliarden-Infrastruktur erhalten – Sanierungssituation des öffentlichen Kanalnetzes zeitnah verbessern
Drs. 17/20827, 17/22137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorranggebiete für die Landwirtschaft in der Regionalplanung ermöglichen
Drs. 17/20832, 17/22266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesmittel auch für SPNV-Strecken bereitstellen
Drs. 17/20927, 17/22267 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer CSU
Run-off-Entwicklung in der Versicherungswirtschaft
Drs. 17/20996, 17/22268 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbesserungen des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm
Drs. 17/21007, 17/22269 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Verwaltungsangestellte an den Schulen in Bayern verdienen mehr –
bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Arbeitsverträge
Drs. 17/21016, 17/22249 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ilona Deckwerth, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD
Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt verbessern – öffentliche Aufträge nur bei Einhaltung der Beschäftigungsquote
Drs. 17/21137, 17/22233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Stärkung betrieblicher Kinderbetreuungsangebote verbessern
Drs. 17/21138, 17/22234 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU
Digitale Bereitstellung aller Bauleitpläne
Drs. 17/21140, 17/22270 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Weitere Behandlung der offenen Fragen zur Verwendung der öffentlichen Mittel für die Sanierung des Neuen Schlosses Pappenheim
Drs. 17/21148, 17/22279 (E)

**Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Selbstständigkeit und Arbeitsmotivation junger Menschen in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe fördern – Bestimmungen zur Anrechnung eigenen Einkommens verbessern
Drs. 17/21156, 17/22244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine aussagekräftige Klimabilanz Bayern
Drs. 17/21157, 17/22043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Überprüfung der Auswirkungen und Umsetzung einer bundes- und europaweiten Milchmengenreduzierung
Drs. 17/21227, 17/22078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lieferengpässen bei Cannabis für medizinische Zwecke entgegenwirken
Drs. 17/21228, 17/22252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
EEG-Umlage für hocheffiziente KWK erhalten und schnell Rechtssicherheit schaffen
Drs. 17/21250, 17/22271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 –
Mobilitätssicherung für Land und Stadt
Drs. 17/21251, 17/22272 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Cross Compliance: Kontrollen auch bei Haupterwerbsbetrieben mindestens 24 Stunden vorher anmelden und verträglich gestalten!
Drs. 17/21255, 17/22232 (A)

**Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Für ein gutes Miteinander der Generationen:
Mehrgenerationenhäuser in Bayern gerecht und unbürokratisch fördern!
Drs. 17/21265, 17/22245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Boden in Bayern als natürliche Lebensgrundlage schützen, Leistungsfähigkeit
des Naturhaushalts dauerhaft verbessern – eine Humusstrategie für Bayern
Drs. 17/21267, 17/22247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal,
Inge Aures u.a. SPD
Umsetzung von EU-Recht in Bayern
Drs. 17/21272, 17/22061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reduzierte EEG-Umlage für KWK-Anlagen erhalten –
Bayerisches KWK-Förderprogramm auf den Weg bringen
Drs. 17/21279, 17/22273 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Faire Bezahlung von Frauen und Männern vorantreiben –
Lösungen auf den Weg bringen
Drs. 17/21281, 17/22113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berufsgrundschuljahr für Geflüchtete gestatten –
geplante Prüfung durch Ausländerbehörden entfallen lassen
Drs. 17/21450, 17/22259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bienensterben stoppen –
Keine bienengefährlichen Pestizide in Haus- und Kleingärten
Drs. 17/21453, 17/22304 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Eric Beißwenger, Eberhard Rotter u.a. CSU
Nutzung von Wegen im Voralpen- und Alpinengebiet durch Mountainbiker regeln
Drs. 17/21454, 17/21996 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Hebammenhilfe: Steigerungssatz für privat versicherte Patientinnen auf 2,0 erhöhen
Drs. 17/21458, 17/22253 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Trinkwasserverordnung
Drs. 17/21459, 17/22254 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer u.a. CSU
Vereinfachung der Eingrünungspläne
Drs. 17/21488, 17/21997 (G)
Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Judith Gerlach u.a. CSU
Grundlegende Beratungsstruktur für ehemalige Heimkinder in Bayern auch über das Auslaufen des Fonds Heimerziehung hinaus aufrechterhalten
Drs. 17/21489, 17/22235 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler u.a. CSU
Umsetzung der Vorgaben des Arbeitssicherheitsgesetzes und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bei der Bayerischen Polizei
Drs. 17/21539, 17/22138 (E) [X]

**Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Arbeitszeitmodelle bei der Bayerischen Polizei nicht weiter an der Realität vorbei planen – Handlungsspielraum für die Polizei schaffen!
Drs. 17/21547, 17/22096 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler u.a. CSU
Dienstvereinbarung zu Arbeitszeitmodellen im Schicht- und Wechselschichtdienst bei der Bayerischen Polizei
Drs. 17/21592, 17/22097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte u.a. SPD
Volle Berücksichtigung von Zeiten der Teilzeitbeschäftigung bei Berechnung der Wartezeit für einen Anspruch auf Ruhegehalt
Drs. 17/21675, 17/22012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD
Karenzzeit auch für Beamte der höheren Qualifikationsebenen
Drs. 17/21677, 17/22013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wertvolle Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern fortführen
Drs. 17/21034, 17/22260 (E) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Kinderkommission war bei jedem Entdeckertag im Bayerischen Landtag präsent. Wir haben eigene Aktionen durchgeführt, und ich meine, sagen zu können, dass gerade hier die Öffentlichkeitsarbeit im Bayerischen Landtag, jetzt vertreten durch Frau Sieber, wichtige Aspekte aufzeigt, wie wir Kindern Demokratie und die Arbeit hier im Hause näherbringen können.

Wir werden in unserer nächsten Sitzung am Ende des Monats zum Thema Kinderrechte vom Sozialministerium ausgezeichnete Projekte zu uns einladen und uns intensiv mit ihnen auseinandersetzen. Ich meine, dass gerade das Arbeiten mit Kindern eine Grundlage ist, die Bestandteil jeder Kinderkommission sein sollte.

In diesem Sinne abschließend noch einmal ein Dankeschön für diese vielleicht etwas exotische Kommission. Ich möchte aber noch einmal betonen: Wir brauchen eine Kinderkommission. Wir brauchen diese Aufmerksamkeit. Für heute hätte ich mir deshalb gewünscht, dass beim Thema Kinderkommission die Pressetribüne dichter besetzt wäre. Wir nehmen das aber als Aufgabe für das nächste Jahr.

(Allgemeiner Beifall)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor; damit ist die Aussprache geschlossen und dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 16.40 Uhr. Die noch offenen Tagesordnungspunkte werden verschoben.

Ich bitte Sie, die Plätze bis 16.40 Uhr wieder einzunehmen. Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass die anschließende Ansprache des Herrn Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker sowohl über die Internetseite unseres Hauses als auch über die der EU-Kommission live übertragen wird.

(Zuruf von der CSU)

Die Sitzordnung sieht man dann. Der Saal wird jetzt erst vorbereitet. – Die Sitzung ist nicht zu Ende, sondern sie wird nur unterbrochen.

(Unterbrechung von 15.44 bis 16.43 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

**Rede
S.E. des Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Jean-Claude Juncker**

Exzellenz, sehr geehrter Herr Präsident Juncker, ich darf Sie im Namen aller Kolleginnen und Kollegen als

unseren Ehrengast im Plenarsaal des Bayerischen Landtags sehr herzlich willkommen heißen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir freuen uns sehr, dass Sie hier sind. Ich darf Sie sehr herzlich von unserem Bayerischen Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Markus Söder, grüßen, der bei der Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin gebunden ist. In dieser Stunde wünschen wir uns, dass die Ministerpräsidenten gute Entscheidungen für unser Land, aber natürlich auch für Europa treffen.

Mein Gruß gilt den Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung sowie unseren Gästen auf der Besucher- und Ehrentribüne. Ich begrüße insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Behörden und der Medien, die heute zu uns in den Bayerischen Landtag gekommen sind.

Sehr geehrter Herr Präsident Juncker, es ist das zweite Mal, dass ein Kommissionspräsident den Bayerischen Landtag besucht. Das erste Mal war im Februar 1991 Jacques Delors hier zu Gast. Damals wie heute haben wir es als große Ehre empfunden; denn rein formal betrachtet ist die Europäische Union ein Zusammenschluss der Nationalstaaten. Dass Präsidenten der Europäischen Kommission den Volksvertretungen der Regionen einen Besuch abstatten, ist keineswegs selbstverständlich. Umso mehr zeigt es natürlich – ich erlaube mir, das zu sagen – die Bedeutung Bayerns als einem kulturell, sozial und wirtschaftlich starken Land in der Mitte Europas. Umso mehr freuen wir uns über Ihren Besuch.

Seit dem Besuch von Jacques Delors hat sich Europa verändert. Die Europäische Union ist deutlich größer geworden, die Zahl der Mitgliedstaaten hat sich mehr als verdoppelt. Seit 1991 hat sich auch die Welt verändert – leider entgegen der damals so großen Hoffnungen nicht nur zum Positiven. Ich denke an den entsetzlichen Krieg in Syrien, an die Flüchtlingskrise, die uns nicht nur in Europa so sehr bewegt, oder an die Handelskonflikte, die die Welt ganz aktuell in Unruhe versetzen.

Gute Nachrichten sind in diesen Zeiten deshalb umso wichtiger. Die Meldung, dass die Zustimmung zur Europäischen Union aktuell so hoch ist wie lange nicht, war in den vergangenen Wochen eine gute Nachricht. Mehr als zwei Drittel der Bürger sind der Meinung, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert. In Deutschland glauben dies sogar 75 Prozent.

(Allgemeiner Beifall)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos)

Drs. 17/16942, 17/22211

Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Claudia Stamm

Abg. Florian Hölzl

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Ludwig Hartmann

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf **Tagesordnungspunkt 40** aufrufen:

Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos)

Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte*n für Bayern ernennen (Drs. 17/16942)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Ich darf als Erster der Frau Abgeordneten Claudia Stamm das Wort erteilen. Bitte schön.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Diese Staatsregierung leistet sich Beauftragte für Bürgeranliegen, Integration, Bürokratieabbau, Patienten und Pflege, gegen Antisemitismus, für das Ehrenamt, für Menschen mit Behinderung, Frauen, staatliche Beteiligungen, Aussiedler und Vertriebene, IT.

Ich mag jetzt mit Ihnen gar nicht über die Sinnhaftigkeit des einen oder anderen Beauftragten diskutieren, auch nicht über die finanzielle und materielle Ausstattung des oder der jeweiligen Beauftragten. Ich will hier nur ein weiteres Mal aufzeigen, dass es sich die CSU in Bayern gleichzeitig leistet, nichts, aber auch gar nichts für eine Gruppe von Menschen zu tun, die tendenziell von Diskriminierung betroffen ist, nämlich für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transgeschlechtliche und Intersexuelle.

Es ist wirklich billig, sehr billig, hier jedes Mal auf die Arbeit der Kommunen und der Vereine vor Ort zu verweisen. Diese leisten wertvolle Arbeit; das ist richtig. Insbesondere die Stadt München mit ihrer Koordinierungsstelle übernimmt insoweit auch staatliche Aufgaben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, übernehmen Sie endlich Verantwortung, und tun Sie Ihre Arbeit! Zum Beispiel muss es dringend einen Aktionsplan für Schulen geben. Genau das soll unter anderem eine bzw. ein Landesbeauftragte*r – mit Gender-Star – leisten.

An diesem Wochenende ist wieder die große Parade in München, der Christopher Street Day. Die CSU rühmt sich, dass sie mit einem Wagen vertreten ist. Ich frage mich wirklich, wie Sie diesen Spagat hinbekommen: auf der einen Seite hier wirklich jeden Antrag zur Gleichstellung abzulehnen, auf der anderen Seite auf einmal Teil der queeren Community sein zu wollen. Ich verstehe es nicht. Vielleicht kann es mir irgendjemand erklären. Es ist auf jeden Fall nicht glaubwürdig, und es ist respektlos, wirklich respektlos, diesen Menschen gegenüber.

Zusammengefasst: Queere Menschen machen circa 8 % unserer Bevölkerung aus. Handeln Sie, damit in Bayern alle Menschen diskriminierungsfrei leben können! Das ist – nur – eine Frage der Gerechtigkeit, nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Hölzl. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Hölzl (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Freistaat Bayern sind vielfältige Lebensmodelle möglich und Realität. Nach unserem gesellschaftspolitischen Verständnis soll jeder Mensch, gerade auch was seine sexuelle Orientierung anbelangt, hierzulande nach seiner Fassung leben und glücklich werden.

Wir allesamt – ich darf betonen: über die Parteigrenzen hinweg – setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Bayern auch in Zukunft die Möglichkeit haben, ihr Leben entsprechend ihren individuellen Vorstellungen zu gestalten. Auch in Zukunft soll jeder einzelne frei, ohne Scham und Nachsehen, zu seinem Geschlecht und seiner sexuellen Orientierung stehen und darüber befinden können, mit wem und wie er zusammenleben will.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang klarstellen: Entschieden und energisch treten wir sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung Homophobie und Transpho-

bie entgegen. Wir kümmern uns sehr wohl um die in der Tat berechtigten Anliegen homosexueller, bisexueller, transidenter und auch intersexueller Menschen. Unser Credo lautet: null Toleranz gegenüber Diskriminierung und Stigmatisierung des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung wegen.

Der Einsatz für gesellschaftliche Teilhabe und gegen Ausgrenzung wird von den unterschiedlichen Behörden des Freistaats als eine wichtige Daueraufgabe verstanden, die allen etwas abverlangt und nicht nur von einer einzelnen, hierfür speziell geschaffenen Institution wahrgenommen wird.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den staatlichen Bereich näher beleuchte, will ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass es vor allem darum geht, das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Ausgrenzung zu stärken. Diesen Anspruch untermauern wir zum Beispiel mit der jährlichen Auszeichnung verdienter Bürgerinnen und Bürger mit der Medaille für Zivilcourage.

Nun aber wie angekündigt zum staatlichen Bereich. Die vielfältigen Aufgaben, welche die Antragstellerin bei einem sogenannten Queer-Beauftragten bzw. bei einer Queer-Beauftragten der Staatsregierung gebündelt sehen will, werden schon jetzt situativ und gebündelt, dem Ressortprinzip folgend, von der Staatsregierung wahrgenommen, sodass es der Installation eines eigenen Beauftragten nach unserem Dafürhalten nicht bedarf.

Die Queeren stehen in Bayern nicht allein am Wegesrand; sie stehen nicht hilflos am Wegesrand. Wer anderes behauptet, der argumentiert im Ergebnis nicht lauter. Nicht nur die Staatsregierung kümmert sich dem Ressortprinzip folgend um die Belange queerer Menschen. Im Bund ist speziell eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet worden, von der Opfer sexueller Diskriminierung schnell und unbürokratisch Hilfe erwarten dürfen. Sie wissen das, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Antidiskriminierungsstelle übernimmt eine ganz wichtige Brückenkopfaufgabe, indem von dort aus Hilfe suchende Menschen auch über das Online-Angebot an die für sie passende Be-

ratungsstelle weiter verwiesen werden. Für den Freistaat Bayern werden sieben Beratungsstellen genannt, die nicht nur Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sind, sondern sich bayernweit auch für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt einsetzen.

Nun zu den einzelnen Aufgaben, die nach der Antragstellung einem Queer-Beauftragten überantwortet werden sollen. Sie werden, wie gesagt, nach dem Ressortprinzip von den jeweiligen Häusern wahrgenommen. In ihrer jeweiligen fachlichen Zuständigkeit fördern die einzelnen Ministerien den Dialog mit Vertretern des Sports, der Jugendverbände, der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie auch der Migrantinnen- und Migrantorganisationen. Durch das Staatsministerium des Innern und für Integration und durch das Staatsministerium der Justiz werden sowohl unsere Polizisten als auch unsere Justizangehörigen für einschlägige Deliktsfelder und für die Belange der Opfer sensibilisiert. Die bayerische Polizei und die bayerische Justiz treten wegen der sexuellen Orientierung begangenen Übergriffen entschieden entgegen. Auch setzen wir uns in diesem Zusammenhang für eine Stärkung des Anzeigeverhaltens ein.

Im Unterricht an den bayerischen Schulen fördern wir die Akzeptanz. Zum Beispiel werden bei der staatlichen Lehrerfortbildung – und das seit Jahren – im Rahmen der Werteerziehung auch Themen wie Antidiskriminierung, Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt und Diversity als Fortbildungsinhalte angeboten.

Was die Forderung anbelangt, Vernetzungsstrukturen zu schaffen, darf ich darauf hinweisen, dass es für die Vernetzung keiner zusätzlichen, Verwaltungsaufwand bedingenden Strukturen bedarf, weil die Selbsthilfeorganisationen schon aktuell gut zusammenarbeiten und einen hohen Vernetzungsgrad aufweisen. Kollegin Stamm hat es korrekt ausgeführt: Hier wird – das will ich ohne Wenn und Aber einräumen – in München Großartiges geleistet. Zum Beispiel arbeitet der Verein LeTRa sehr gut mit der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und mit dem Verein Sub e. V. zusammen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie Sie sehen, kümmern wir uns im Freistaat Bayern sehr wohl sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene gemeinsam mit den nichtstaatlichen Organisationen, die Großartiges leisten, um die berechtigten Belange queerer Menschen. Nach unserer Überzeugung wird ein eigener Beauftragter die Lebenslage der Queeren nicht verändern. Wir wollen für diesen Politikbereich keine zusätzlichen Strukturen aufbauen, sondern am Ressortprinzip festhalten und im Rahmen der Ressortverantwortung die Lebensbedingungen queerer Menschen verbessern. Damit ist gewährleistet, dass den berechtigten Belangen auch künftig der jeweiligen Lebenslage entsprechend Rechnung getragen wird. Wir werden den Antrag wie im Ausschuss ablehnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie gleich noch am Rednerpult bleiben. – Zwischenbemerkung: Abgeordnete Claudia Stamm. Bitte.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Hölzl, ich habe am Anfang die Beauftragten genannt, die sich der Freistaat leistet. Wollen Sie damit sagen, dass das Finanzministerium seine Arbeit nicht macht oder dass das Pflegeministerium seine Arbeit nicht macht und man deswegen diese Beauftragten braucht?

Ihre Rede hat leider vor Widersprüchen gestrotzt, weswegen ich mich noch einmal zu Wort melden musste. Sie haben auch noch gesagt, dass es sieben Stellen oder Organisationen des Freistaats gibt, die sich kümmern. Sagen Sie mir bitte ganz konkret, wie viel Geld der Freistaat in diese Arbeit fließen lässt. Ich weiß, dass weder Sub noch LeTRa staatliches Geld bekommen. Das ist alles kommunales Geld.

Sie verweisen auf der einen Seite auf die untere Ebene, auf der anderen Seite auf die obere Ebene, den Bund, während sich der Freistaat heraushält. Ich möchte nur, dass Sie Ihre Arbeit tun, Verantwortung übernehmen und genau hier auch Antidiskriminierungsarbeit leisten. Das ist alles.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Hölzl, bitte.

Florian Hölzl (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kollegin, der Staatsregierung steht es frei, im Rahmen ihres Selbstorganisationsrechts für bestimmte Politikfelder Beauftragte zu installieren. Das geschieht durch entsprechende Bekanntmachungen der Staatsregierung. Beileibe ist es nicht so, dass man sagen könnte, weil ein Beauftragter für ein bestimmtes Politikfeld installiert wird, würde das Ministerium im Übrigen seine Aufgaben nicht erfüllen. Es ist das Recht dieser Staatsregierung, bestimmte Politikbereiche mit einem eigenen Beauftragten zusätzlich zu untermauern und diesen Politikbereichen zusätzlich Kontur zu geben.

Sie haben mir vielleicht nicht ganz genau zugehört. Ich habe nicht gesagt, dass es sieben Beratungsstellen des Freistaats gibt. Es gibt sieben Beratungsstellen im Freistaat Bayern, auf die die Antidiskriminierungsstelle verweist. Ansonsten, glaube ich, habe ich ziemlich eindeutig ausgeführt, dass sich der Freistaat nicht aus der Verantwortung stiehlt, auch wenn Sie das gebetsmühlenartig wiederholen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Danke schön. – Dann darf ich für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Zacharias bitten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Der Wortbeitrag unseres Kollegen eben war grandios. Erstens hat er in epischer Breite dargelegt, warum es die Beauftragten der Staatsregierung nicht braucht. Er hat ausgeführt, warum er gegen den Antrag der Kollegin Stamm spricht, die zu Recht einen Queer-Beauftragten oder eine Landeskoordinierungsstelle möchte. Es geht Ihnen und mir oder uns beiden darum, dass wir endlich einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin auf Landesebene brauchen, die – dazu komme ich gleich – Aufgaben übernimmt, die deutlich im Feld

liegen. Kollege Hölzl, Sie haben all das gerade ausgeführt. Wo sitzen Sie denn? – Ganz da hinten. Ja, das verstehe ich.

(Joachim Unterländer (CSU): Was soll denn das jetzt?)

Sie haben gerade ausgeführt, warum ein Beauftragter für queere Lebensweisen nicht nötig ist. Sie haben zum Beispiel gesagt – –

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Unterländer (CSU))

– Herr Unterländer, wenn Sie etwas sagen möchten, dann treten Sie ans Mikrofon. Ich habe richtig Lust, mich mit Ihnen auseinanderzusetzen. – Der Kollege Hölzl hat eben ausgeführt, dass zum Beispiel von verschiedenen Ressorts koordinierende Maßnahmen unternommen werden. Ich unterstelle dem Kultusminister Sibler und der Wissenschaftsministerin Kiechle, dass sie sich zum Beispiel in Sachen Kampf gegen Antisemitismus sehr häufig mit den einschlägigen Gruppierungen treffen. Deswegen brauchen wir keinen Beauftragten gegen Antisemitismus, sondern das ist Staatsaufgabe. Insofern ist das gerade ein grandioses parlamentarisches Highlight gewesen. Alle Argumente zur Abschaffung der Beauftragten sind gerade ausgeführt worden.

Ich möchte ganz klar darstellen, warum wir den Antrag sehr gerne unterstützen. Kolleginnen und Kollegen, am Samstag sind Natascha Kohnen und ich bei einer großen Aktion der BayernSPD dabei. Wir alle werden vornedran Wagen als Leitfiguren führen oder in Bodenmannschaften mitgehen, um den Christopher Street Day, den Tag, an dem vor vielen Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten schwulen und lesbischen Menschen sehr viel Unrecht angetan wurde, zu begehen. Am Christopher Street Day in München, Augsburg, Regensburg, Würzburg und Nürnberg wird mit Tausenden Menschen dieses Tags gedacht. Der Landtagskandidat Josef Schmid von der CSU hat übrigens schon vor drei Jahren mit einer flammenden Rede auf dem Marienplatz seine große Freundschaft zu der queeren Szene dargestellt und große Angebote gemacht. Aber Sie laufen gerne einfach nur dem bunten Wagen hinterher, unterstützen aber inhaltlich-politisch grundsätzlich nichts.

Wir brauchen eine Koordinierung zum Beispiel zum § 175, der letztes Jahr abgeschafft wurde. Das ist der Paragraf, durch den bis in die 1990er-Jahre schwulen Männern großes Leid und große Demütigung zugefügt wurden: Ihre Pensionsgelder wurden gestrichen, sie haben Nachteile in Bezug auf die Verbeamtung gehabt. Dieses Gesetz haben wir erst letztes Jahr auf Bundesebene abgeschafft. Dafür brauchen wir im Land Bayern sehr wohl eine Kampagne zu dem stattgefundenen Unrecht und eine Forschungseinrichtung, um dieses Unrecht aufzuarbeiten. Das muss Gegenstand einer Koordinierungsstelle sein.

Ich glaube aber, dass das nicht nur eine Stelle sein darf. Vielmehr ist eine bessere Infrastruktur, in der die Schule als Raum des Outings, des Coming-out, in den Blick genommen wird, erforderlich. Wir wissen, dass sich viele Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit outen. Sie brauchen dort einen Raum, den Raum einer echten Ansprache. Wir müssen Schule auch als Raum verstehen und ganz banale Dinge tun wie Schulbücher verändern. Tun wir doch bitte auf den Bildern in den Schulbüchern nicht so, als ob das tradierte Familienbild mit Mama, Papa und zwei Kindern noch die hauptsächliche Lebensform sei. Es gibt Regenbogenfamilien: Mama, Mama und zwei Kinder. Es gibt Papa, Papa und drei Kinder. Es gibt alle Lebensformen. Aber wir müssen im Schulraum zeigen, dass wir hier koordinierend eingreifen müssen und das Kultusministerium unterstützen wollen, diesen Job besser zu machen.

Wir haben die Ehe für alle letztes Jahr durchgebracht. Aber damit ist noch nicht alles erledigt. Das Gesetz zur Ehe für alle ist gut, aber wir stellen zum Beispiel fest, dass in den Standesämtern in Bayern immer noch "Gattin eins" und "Gattin zwei" zur Kategorisierung gebraucht werden müssen, weil die Papiere immer noch nicht umgestellt worden sind, um "Ehefrau eins/Ehefrau zwei" oder "Ehemann eins/Ehemann zwei" zu kategorisieren. Im Adoptionsrecht ist es immer noch sehr schwer, eigene Kinder zu adoptieren. Es ist für ein schwules oder lesbisches Paar, das geheiratet hat, einfach, fremde Kinder zu adoptieren. Bei eigenen Kindern besteht eine sehr hohe Hürde.

Zum Abschluss: Sie alle kennen unsere Anträge zu "Queer Care", also zu der Idee, festzustellen, wie es als schwuler, lesbischer, bisexueller, transsexueller oder intersexueller Mensch im Alter ist, in den Alten- und Servicezentren behandelt zu werden. Kultursensible Behandlung und Kultursensitivität in den Einrichtungen von der Putzfrau oder vom Putzmann bis hoch zur Leitung sind erforderlich. Hier brauchen wir Kampagnen. All das kann nur eine Koordinierungsstelle leisten.

Herr Kollege Hölzl, Sie haben soeben ausgeführt, dass es in Bayern sieben Stellen gibt, die für die Queer-Community Ansprechpartnerinnen sind. Ich darf Ihnen dazu sagen: Die Einrichtungen in Nürnberg, in Regensburg und in München, die alle oder zumindest in der überwiegenden Anzahl sozialdemokratisch geführt sind – übrigens: Nicht ein Euro bayerisches Geld fließt in diese Einrichtungen

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

wie LeTRa und Sub –, sind alle städtisch. Oberbürgermeister Reiter schimpft mich immer und sagt: Liebe Isabell, ich unterstütze Sub und LeTRa sehr intensiv, aber du musst schauen, dass du im Landtag etwas erreichst. – Ich nenne das Stichwort "gleichwertige Lebensverhältnisse", Kolleginnen und Kollegen der CSU. Es gibt eben auch im Bayerischen Wald queere Menschen. Sie haben also dafür zu sorgen, dass es überall Ansprechpartner gibt. Insofern: Jawohl, der Antrag ist gut, und wir unterstützen ihn.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER jetzt Frau Kollegin Schmidt. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen! Der Begriff "queer" ist ein radikaler Begriff. Er wehrt sich herrschaftskritisch und bedingungslos gegen die Normen und ausgrenzenden Systeme einer heterosexuellen Matrix. So wird er erklärt, und so wird er überall dargestellt. Das

betrifft eine große Gruppe von Menschen, denen Sie das an der Nase nicht ansehen und wo Sie oft auch am Verhalten niemals bemerken würden, wer betroffen ist.

Sicher wehren wir uns gegen Diskriminierung. Sicher muss die reale Lebenswelt in diesem Landtag ankommen. Liebe Claudia Stamm, ich verstehe den Auslöser. Ich verstehe es auch bei der Kollegin Zacharias. Es gibt immer noch Diskriminierung. Ich habe in meinem Umfeld selten so viel Gekicher erlebt wie hier im Landtag, wenn es um Homosexualität und Gender ging. Das ist mir hier häufig passiert. Sicher müssen wir etwas tun. Queere Menschen, wie es Judith Butler, die größte und bekannteste Schriftstellerin zu diesem Thema, schreibt, fühlen sich ausgegrenzt und normfremd und werden auch so behandelt, ob in der Politik, im sozialen Umfeld, in der Schule oder im Leben.

Liebe Claudia, wir lehnen den Antrag ab, weil ein Beauftragter, eine Person, die dafür verantwortlich ist, garantiert zu wenig ist. Viel zu wenig. Ich glaube – ich habe nachgeschaut, Herr Unterländer –, der Sozialausschuss hatte in seiner Geschichte weder einen Runden Tisch zu dem Thema noch eine Anhörung dazu – ich habe jedenfalls in den Protokollen nichts gefunden –, wo die Probleme der Betroffenen sind, wo der gesellschaftliche Niederschlag ist und erörtert wird, was wir verändern müssen. Ich bin auch immer beim CSD und gehe sogar zum Life Ball nach Wien, wo das ganz anders behandelt und die Problematik mitten in die Gesellschaft gerückt wird.

Wir stimmen deshalb gegen die Beauftragung, weil nicht nur ein Gesicht verdient hat, hier zuzuhören, sondern wir alle haben verdient, jede dieser Untergruppierungen zu hören. Ich denke, da müssen wir mit dem nächsten Landtag neu anfangen: Ohren auf, wo die Probleme sind. Viele sind hier angedeutet worden. Aber das gehört in die Breite des Parlaments und der Ausschüsse.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Herr Kollege Hartmann, bitte. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hölzl, mir kam Ihre Rede schon etwas merkwürdig vor. Sie haben zwar erwähnt, was in München geleistet wird. Das ist richtig, aber das hat man einer jahrelangen rot-grünen Stadtregierung zu verdanken, die deutlich vorangegangen ist. Kollegin Zacharias hat es gerade angesprochen, und das halte ich für einen ganz entscheidenden Punkt: Es geht nicht um die eine Person, wie es die FREIEN WÄHLER gerade gesagt haben, sondern wir brauchen eine gewisse Koordinierung, um damit für mehr Sichtbarkeit zu sorgen und aufgrund der größeren Sichtbarkeit mehr Gleichstellung zu bekommen. An den Schulen ist dieses Thema ganz entscheidend.

Es ist noch gar nicht lange her, dass ich einmal in Augsburg war. Bei Augsburg reden wir jetzt nicht vom ländlichen Raum, darin sind wir uns, glaube ich, alle einig. In Augsburg haben wir ein Jugendzentrum, das ehrenamtlich betrieben wird und Queerbeet heißt. Dort wurde erklärt, dass sie in ganz Schwaben ehrenamtlich eine Art Feuerwehreinsatz leisten, wenn sich an irgendeiner Schule in Schwaben ein Jugendlicher outet und dort gemobbt und diskriminiert wird. Sie versuchen dann, diesen Schüler aufzufangen, aber der junge Mensch hat die Diskriminierung bereits erlebt. So weit sollte es gar nicht kommen. Und dafür brauchen wir Aktionspläne an den Schulen, um gegenzusteuern. Es kann doch nicht sein, dass wir uns auf dem Rücken der Ehrenamtlichen ausruhen, die tätig werden müssen, weil es der Staat vorher nicht hinbekommen hat.

Ich habe eine Anfrage zur Finanzierung dieser ehrenamtlichen Strukturen gestellt. LeTRa und Sub wurden bereits angesprochen. Sie werden von der Landeshauptstadt München finanziert. Ich habe einmal gefragt, ob der Freistaat die Vereine – die Einrichtungen und deren Investitionen –, die bei Jugendlichen Beratung und Aufklärung leisten und diese Art Feuerwehreinsatz an den Schulen übernehmen, finanziell unterstützt. Da kommt eine ganz einfache Antwort in zwei Zeilen: Das existiert nicht, und das hält man auch nicht weiter für notwendig. Das ist Ihre Politik in diesem Bereich.

Wir wissen, Bayern ist nicht nur München. Diese Beratung und Aufklärung muss im ganzen Land stattfinden. Mit einem Queer-Beauftragten kann man das besser koordinieren und diese Initiativen besser miteinander vernetzen, unterstützen und wirklich daran arbeiten, und deshalb ist dieser Antrag auch berechtigt. Ich wünsche mir, dass wir hier weiterkommen und die Gleichstellung der queeren Menschen nicht nur am Samstag, dem CSD, wieder groß feiern, wo dann auch alle Parteien mit dabei sind, sondern dass konkret etwas getan wird, das auch außerhalb Münchens stattfinden kann. Hier geht es wirklich darum, in die ländlichen Räume hinauszugehen. Daran müssen wir arbeiten, und das kann ein Queer-Beauftragter machen. Wir dürfen nicht vergessen, wir haben das Jahr 2018. Im Jahr 2018 ist die Zeit für einen Queer-Beauftragten im Freistaat Bayern wirklich reif.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordnete Claudia Stamm (fraktionslos). Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Die Herren Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos) stimmen auch dagegen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.